

# Erst Examen – dann Taxifahrer?

Was aus Marburger Politologinnen und Politologen wird: Verbleibsstudie über die Jahrgänge 1993–2000

Das Bild des Taxi fahrenden Politologen hat sich in vielen Köpfen festgesetzt – und keiner weiß genau weshalb eigentlich. Eine Befragung Marburger Absolventinnen und Absolventen erbrachte jedenfalls ein ganz anderes Tableau tatsächlich ausgeübter Berufe und gewählter Berufsfelder:

Abgeordnetenmitarbeiterin, Assistent FH (Gebiet: Hochschulentwicklung), Berater des Justice and Peace (Uganda), Betriebsratsassistent, Bildungsreferentin, Communication+Marketing Manager, Consultant Financial Services / Asset Management, Evaluationsbeauftragter Fachhochschule, Fachreferentin Entwicklungspolitik, Fernsehredakteurin, Fondsanalystin, Fraktionsgeschäftsführer, Frauenbeauftragte, Freie Journalistin, Geschäftsführung, Journalist, Jugendbildungsreferentin, Junior-Rating-Analystin, Leiter Personalentwicklung, Manager Scientific Information, Marketing Manager, Personalberater, Personaltrainerin, Persönlicher Referent, Political Consultant, PR-Beraterin, Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion, Pressesprecher, Bau- und Verkehrsministerium Brandenburg, Redakteurin, Redaktionsleiter, Referent in Staatskanzlei, Ressortleiter Direktbank, Sportredakteur, Standortleiterin eines Beratungsunternehmens, Stellv. Chefredakteur, Studienrätin im Hochschuldienst, Universitätsassistent, Volontärin, Wirtschaftsredakteurin, Zeitschriften-Redakteur, Zeitungsredakteur.

Die Daten der inzwischen zweiten Verbleibsstudie (Jahrgänge 1993–2000) stellen eine endgültige Entwarnung für die Befürchtung dar, studierte Politikwissenschaftlerinnen oder Politikwissenschaftler müssten ihre berufliche Existenz tatsächlich als Taxifahrer fristen:

- Fast vier Fünftel haben eine studienadäquate Tätigkeit inne, für die ein Hochschulabschluss Voraussetzung ist.
- Etwa die Hälfte übt Tätigkeiten mit engem Studienfachbezug aus.
- Ausbildungsadäquate Tätigkeiten mit angemessener Bezahlung sind die Regel.
- Die Arbeitslosigkeit liegt unter dem bundesweiten Durchschnitt und ist mit der anderer akademischer Professionen vergleichbar.
- Die Bedeutung der Privatwirtschaft als Arbeitsmarkt für Politologinnen

Foto: dpa



Sieht so das Berufsfeld von Politologen aus? Nichts als ein Vorurteil, wie eine Marburger Studie belegt.

und Politologen hat weiter zugenommen.

## Hohe Zufriedenheit mit der Studienfachwahl

Die zweite Marburger Berufsverbleibsstudie für die Abschlussjahrgänge 1993 bis 2000 bestätigt zu großen Teilen die Ergebnisse der Vorgängerbefragung von 1995 und liefert zugleich Hinweise auf eine gestiegene berufliche Etablierung der Absolventinnen und Absolventen.

Der Arbeitsmarkt für Sozialwissenschaftler im Allgemeinen und Politikwissenschaftler im Besonderen sieht derzeit relativ günstig aus. Einerseits ähnelt ihr Berufseinstieg inzwischen immer mehr dem anderer Studienrichtungen (der Berufseinstieg über Zwischenstationen, der für Politikwissenschaft einst charakteristisch war, ist inzwischen für viele Fächer der Regelfall), andererseits hat sich die Lücke zwischen akademischem Arbeitsmarkt und dem Arbeitsmarkt für niedriger Qualifizierte

zugunsten der Akademiker vergrößert.

Was die retrospektiven Fragen angeht, lässt sich ebenfalls eine hohe Konstanz der zweiten Marburger AbsolventInnenbefragung bezogen auf die Vorgängerstudie feststellen. Insgesamt herrscht rückblickend Zufriedenheit mit der Studienentscheidung vor – mehr als drei Viertel der Befragten würden sich wieder für ein politikwissenschaftliches Studium entscheiden, die große Mehrheit davon auch in Marburg.

## Warum Entscheidung für Politikwissenschaft?

Für viele spätere Absolventinnen ist die Politikwissenschaft eine Option, die sich erst während ihres Studiums abzeichnet: Immerhin ein Viertel (n=43) der Befragten ist aus einem anderen Studienort nach Marburg gewechselt, um einen politikwissenschaftlichen Studiengang aufzunehmen (ein Drittel) bzw. weiterzuführen (zwei Drittel). Ebenfalls fast ein Vier-

tel der Befragten (24,1 %) hat das Studium in einem anderen Fach begonnen. Außerdem wechselten 39,3 % im Verlauf ihres Studiums ihr Nebenfach bzw. ihre Nebenfächer.

Tabelle 1 (Seite 9) gibt einen Überblick, warum die Befragten gerade Politikwissenschaft als ihr Hauptfach gewählt haben.

## Im Verlauf des Studiums steigendes Interesse an Politik

Die Wahl des Politikstudiums setzt in der Regel ein reges Interesse an Politik voraus. Ist dies vor dem Studium noch nicht vorhanden, wird es sich sehr wahrscheinlich während der Studienzeit entwickeln, so lässt sich vermuten. Die Zahlen belegen diese These: Für fast 60 % stieg nach ihrer eigenen Einschätzung durch das Studium der Politikwissenschaft das politische Interesse und Engagement stark bzw. sehr stark an; für 18,3 % traf dies nicht zu. Und allein 39,5 % hier nicht mit Eingerechnete gaben an, schon vor

**Tabelle 1: Politikwissenschaft als Hauptfach**

**Warum haben Sie das Fach Politikwissenschaft als Hauptfach gewählt?**  
(Mehrfachnennungen möglich)

	%	Anzahl der Nennungen
Politisches Interesse	68,6 %	118
Allgemeines Interesse	61,6 %	106
Fortführung aus der Schulzeit	28,5 %	49
Hintergrundwissen für den Beruf	22,7 %	39
Wenig konkrete Vorstellungen	10,5 %	18
Sonstiges	6,4 %	11

dem Studium politisch engagiert gewesen zu sein.

Dieses Engagement setzt sich auch nach dem Studium fort: 28,1 % aller Befragten sind Mitglied einer politischen Partei. Noch mehr Marburger AbsolventInnen gehören einer Gewerkschaft an, nämlich 40,7 %. Insgesamt 46,5 % engagieren sich zurzeit in politischer oder in sozialer Hinsicht. Diese Zahlen liegen deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt: Bundesweit sind nicht einmal 4 % der Bevölkerung als Mitglieder einer Partei registriert.

### Angenehme Studienatmosphäre in Marburg

„Was war der Grund für Ihr Politikstudium in Marburg?“ Für die Hälfte (51,2 %) der Befragten war die Uni-Stadt an der Lahn das wichtigste Kriterium, um sich für ein Studium in Marburg zu entscheiden. Der gute Ruf des Marburger Instituts für Politikwissenschaft zog 37,2 % an die Philipps-Universität. Es folgt das Argument der Heimatnähe mit 25,6 %. Weitere 18,6 % kamen aufgrund der Empfehlung von Freunden und Verwandten, 17,4 % entschieden sich wegen bestimmter Professorinnen und Professoren für Politikwissenschaft in Marburg. Hingegen lockte „eine gute Ausstattung der Uni“ (z.B. ein umfassendes Bibliothekensystem) nur 3,5 % der Befragten an die Philipps-Universität.

Zahlreiche Studierende der Politikwissenschaft wechseln nach dem Grundstudium zur Fortsetzung ihres Studiums nach Berlin oder Hamburg. Was bewegt die Übrigen dazu, in Marburg zu bleiben?

Die Hälfte der AbsolventInnen machte ihren Abschluss in Marburg wegen der angenehmen Studienatmosphäre in der Uni-Stadt. 47,6 % hielt es aufgrund des guten sozialen

Klimas in Marburg, 39,2 % wegen der guten Kontakte zu den Lehrenden. 35,5 % wechselten aus Bequemlichkeit nicht den Studienort. 18,1 % wollten nach einem Wechsel nach Marburg nicht erneut die Universität wechseln, 14,5 % ihren sicheren Nebenjob nicht aufgeben.

### Drei Viertel würden sich wieder für Marburg entscheiden

Zur Bilanzierung der Studienzeit wurde den AbsolventInnen auch die „Sonntagsfrage“ der Absolventenbefragungen gestellt: „Würden Sie sich im Rückblick auf das Studium in Marburg wieder für Politikwissenschaft entscheiden?“

Die überwiegende Mehrheit bereut nicht, sich für ein politikwissenschaftliches Studium an der Philipps-Universität entschieden zu haben: 76,7 % (n=131) beantworteten die Frage positiv, in allerdings unterschiedlichen Varianten (siehe Tabelle 2, Seite 10).

### Berufsverlauf seit Studienende

25,9 % aller Befragten stammen ursprünglich aus Hessen, gefolgt von 24,7 %, die aus Nordrhein-Westfalen kommen. Als Herkunftsländer folgen mit jeweils 11,2 % Niedersachsen und Baden-Württemberg. Dahinter dann mit 10,6 % Rheinland-Pfalz sowie Bayern mit 7,6 %. Aus dem Ausland stammen 1,6 % der AbsolventInnen. Derzeit leben 42,4 % der Befragten in Hessen. In Nordrhein-Westfalen wohnen mittlerweile 14,5 %. In Berlin leben 9,3 % aller Befragten, auch nach Hamburg zog es eine Vielzahl der AbsolventInnen. Immerhin 3,5 % aller AbsolventInnen leben derzeit im Ausland.

### Beschäftigungssuche

Die durchschnittliche Suche vom Studienabschluss bis zur Aufnahme der ersten Beschäftigung, die nicht als Gelegenheitsjob betrachtet wurde, betrug 6,9 Monate. Für 54,6 % (n=89) der AbsolventInnen hatte diese erste berufliche Tätigkeit einen Bezug zum Studium.

Nach eigener Einschätzung hatten 45,7 % große oder sehr große Probleme bei der Suche nach ihrer ersten Berufstätigkeit. Für 37,8 % war die Berufssuche dagegen nur mit geringen oder gar keinen Problemen verbunden.

### Stellenwechsel

Während 30 % der AbsolventInnen noch immer ihre erste Tätigkeit ausüben, wechselte ein Drittel der Befragten einmal die Stelle. Dagegen können 6,3 % der Befragten bereits auf fünf oder mehr verschiedene Beschäftigungsverhältnisse verweisen.

Der Hauptgrund für einen Wechsel war für die Befragten die Tatsache, dass sie befristet beschäftigt waren. Deshalb wechselten 28,8 % den Arbeitsplatz. Weitere wichtige Beweggründe waren die zu geringen Aufstiegschancen (15,7 %) oder ein zu geringes Einkommen (13,7 %).

### Promotion

9 % oder 15 Befragte (zehn Männer und fünf Frauen) haben eine Promotion als Form der (wissenschaftlichen) Weiterqualifikation bereits erfolgreich abgeschlossen. Weitere 19,8 % (n=33) arbeiteten zum Zeitpunkt der Befragung gerade an ihrer Dissertation. Bereits begonnene Promotionen wurden von acht Befragten wieder abgebrochen. 30,5 % (n=51) aller Befragten haben kein aktuelles

### Befragung zum Studium und zum beruflichen Verbleib

Im Rahmen eines zweisemestrigen Proseminars wurde im Jahr 2002 am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität die zweite Befragung Marburger Politologinnen und Politologen durchgeführt. Diese Studie, in der Fragen zum Studienrückblick und zum beruflichen Verbleib der AbsolventInnenjahrgänge 1993 bis 2000 Berücksichtigung fanden, knüpft an die erste Marburger Verbleibsstudie von 1995 an, die der Seminarleiter Dipl.-Pol. Volker Jahr für die Jahrgänge 1980 bis 1992 als Diplomarbeit anfertigte. Durch die Verwendung eines teilweise identischen Fragebogens wurde sichergestellt, dass die direkte Vergleichbarkeit zu den Ergebnissen von 1995 gegeben ist. Auf diese Weise sind wichtige Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt für PolitologInnen empirisch gesichert zu diagnostizieren.

Die Befragung war als Vollerhebung der Abschlussjahrgänge 1993 bis 2000 konzipiert. In diesem Zeitraum legten 417 Studierende einen Abschluss mit Politikwissenschaft als Hauptfach ab, darunter 304 Diplom- und 113 Magisterstudierende. Von 359 AbsolventInnen konnten gültige Adressen ermittelt werden. Der verwertbare Rücklauf betrug 172 Bögen. Bezogen auf die ermittelten Adressen sind dies 48 %, bezogen auf die Grundgesamtheit 41 %. Von den 172 Befragten waren 42,1 % weiblichen und 57,9 % männlichen Geschlechts. 1995 betrug der Frauenanteil lediglich 31 %. Insgesamt kann von einer hohen Repräsentativität der Stichprobe ausgegangen werden, wie auf Geschlecht und Jahrgänge bezogene Tests ergaben.

**Tabelle 2: Wieder Studium in Marburg?**

**Würden Sie sich im Rückblick auf das Studium in Marburg wieder für Politikwissenschaft entscheiden? (Mehrfachnennungen möglich)**

	%	Anzahl der Nennungen
Ja, alles wieder so machen	51,5 %	88
Ja, aber nur mit Doppelstudium	17,0 %	29
Nein, nicht noch einmal Politikwissenschaft	9,4 %	16
Ja, aber Politikwissenschaft nur im Nebenfach	8,2 %	14
Ja, aber nicht in Marburg	5,3 %	9
Ja, aber nur mit weiterem Studium im Anschluss (Zweitstudium)	0 %	0
Nein, ich würde gar nicht mehr studieren	0 %	0
Sonstiges	8,8 %	15

Dissertationsvorhaben, können sich für die Zukunft aber durchaus vorstellen, eine Promotion anzustreben, während eine solche für 35,9 % (n= 60) nie in Frage kam.

Eine abgeschlossene Doktorarbeit bedeutet nicht unbedingt größeren beruflichen Erfolg, wenn man diesen ausschließlich unter finanziellen Aspekten bemisst. Vielmehr lässt sich feststellen, dass hohe Einkommen unabhängig oder sogar entgegengesetzt zur Promotion erreicht worden sind.

**Internationale Mobilität**

Immerhin rund ein Drittel der AbsolventInnen hat zum Zeitpunkt der Befragung internationale Elemente in der Berufsbiographie aufzuweisen: Jeweils knapp 5 % geben an, derzeit im Ausland zu arbeiten bzw. eine längere Phase im Ausland gearbeitet zu haben. Weitere 22 % unternahmen gelegentliche Dienstreisen ins Ausland.

Die Marburger PolitologInnen sind damit weitaus international mobiler als der Durchschnitt ihrer bundesdeutschen KommilitonInnen, wie ein Vergleich mit der Europäischen Hochschulabsolventenstudie ergibt, die das Wissenschaftliche Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung der Universität Kassel in den Jahren 1999 bis 2001 unter knapp 40 000 europäischen HochschulabsolventInnen des Abschlussjahrgangs 1995 durchführte: Von den AbsolventInnen deutscher Hochschulen sind insgesamt nur 12 % beruflich international mobil (2 % derzeit im Ausland erwerbstätig, 3 % früher im Ausland erwerbstätig, 7 % in Form gelegentlicher Dienstreisen). Betrachtet man nur die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, sind es sogar nur 9 %.

**Derzeitige berufliche Situation**

Im Bereich des traditionellen Arbeitsmarktes sind 83 % der Befragten untergekommen, wobei 79,1 % (n=136) als Beschäftigte angestellt sind und 2,9 % (n=5) sich derzeit in einer Ausbildung oder einem Praktikum befinden. Weitere 7,6 % (n=13) sind selbstständig bzw. freiberuflich tätig. Hauptsächlich an ihrer Promotion arbeiten derzeit 3,5 % (n=6) der befragten Absolventinnen und Absolventen. Nicht erwerbstätig und arbeitssuchend sind 4,7 % (n=8).

Der Anteil der Vollzeit- (77,6 %) bzw. Teilzeitbeschäftigten (22,4 %) liegt im Rahmen der ersten Studie von 1995. Mit einem Anteil von 26,2 % sind Frauen leicht überproportional teilzeitbeschäftigt. 61,3 % der Befragten geben an, ihre jetzige Stelle sei unbefristet. 31 % haben eine befristete Stelle inne, und für 7,7 % trifft keine der beiden Optionen zu, da sie selbstständig oder anderweitig erwerbstätig sind. Insgesamt konstatieren 39 % einen großen (25 %) oder sehr großen (14 %) Bezug ihrer Tätigkeit zum Studium, während fast die Hälfte nur einen geringen (21 %) oder sehr geringen (26 %) Bezug zwischen Studium und Berufstätigkeit hervorhebt.

Mit ihrer derzeitigen beruflichen Tätigkeit sind 23,5 % (n=40) der Befragten sehr zufrieden und 51,2 % (n=87) überwiegend zufrieden. Lediglich 12,4 % sind unzufrieden oder sehr unzufrieden mit ihrer aktuellen beruflichen Situation. Hinsichtlich ihrer derzeitigen finanziellen Situation äußert sich genau die Hälfte der Befragten auf einer Fünferskala zufrieden oder sehr zufrieden, 17 % dagegen sind unzufrieden oder sehr unzufrieden.

Deutlich weniger positiv werden die Aufstiegschancen bewertet:

Diese schätzen nur 43 % als positiv oder sehr positiv ein, rund ein Viertel dagegen als schlecht oder sehr schlecht.

**Qualitätsverwendung**

Ein wichtiger Punkt der Verbleibsforschung ist, inwieweit die im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten im Berufsleben Verwendung finden. Im Falle der Politikwissenschaft ist hier wie für andere Geisteswissenschaften relativierend festzuhalten, dass die berufliche Verwertbarkeit des Studiums im Vergleich mit anwendungsorientierten Studiengängen nur eingeschränkt gegeben und letztlich auch weder beabsichtigt noch von der Mehrheit der Studierenden gewollt ist.

In der zweiten Marburger AbsolventInnenbefragung wurde die Frage der Qualifikationsverwendung in dreifacher Hinsicht thematisiert:

So geben mit 77,9 % fast vier Fünftel der Befragten an, dass für die Aufnahme ihrer aktuellen Tätigkeit ein Hochschulabschluss nötig war. Dieser hohe Wert überrascht in positiver Hinsicht. Er zeigt, dass sich ein Hochschulstudium für die übergroße Mehrheit der PolitologInnen gelohnt hat – nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern im Hinblick auf die Qualität der ausgeübten Tätigkeiten. Dem immer wieder kolportierten, durch empirische Untersuchungen aber nicht gestützten Vorurteil vom Taxi fahrenden Politologen sollte nunmehr endgültig der Boden entzogen sein.

Dagegen war die formale Qualifikation als „zertifizierte/r“ Politikwissenschaftler/in nur für 11,7 % der Befragten Voraussetzung für ihre derzeitige Tätigkeit. Dieses Ergebnis erklärt sich aber durch das fehlende

Berufsbild für diesen Studiengang. Stellenausschreibungen, die sich explizit an PolitologInnen richten, existieren außerhalb des Bereichs Hochschule praktisch so gut wie nicht.

Ein positiveres Bild zeigt sich dagegen, wenn nach den fachlichen Qualifikationen in Form relevanter Studieninhalte gefragt wird. Diese waren für immerhin 41,9 % der Befragten nötig, um ihre aktuelle Stelle anzutreten. Es gelingt den Marburger PolitikwissenschaftlerInnen hier offenbar recht erfolgreich, auf dem Arbeitsmarkt mit ähnlichen Qualifikationsprofilen der AbsolventInnen verwandter Fächer wie Soziologie, Psychologie und Volkswirtschaftslehre in Konkurrenz zu treten. Wie oben bereits gezeigt, variiert der Studienbezug in den einzelnen Beschäftigungsbereichen aber sehr stark.

**Investitionslücken müssen geschlossen werden**

Die Einführung gestufter Studiengänge und die so genannte leistungsbezogene Mittelzuweisung veranlassen die Politikwissenschaft (wie jedes andere Fach auch), sich verstärkt über Berufsfeldbezug und Effizienz der universitären Ausbildung Gedanken zu machen. Die über 20 Jahrgänge dokumentierenden Absolventenbefragungen helfen uns, fachwissenschaftliche und berufsfeldbezogene Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu präzisieren, und sie veranlassen uns, Praktika, Auslandsstudium und die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen stärker in der Lehre zu berücksichtigen. Der geplante BA-Studiengang Politikwissenschaft ist darauf hin angelegt. Aber auch hier gilt: Ohne Beseitigung der Investitionslücken bei Personal und Ausstattung lassen sich keine qualitativen Fortschritte und erst recht keine positiven Rankings erzielen.

*Prof. Dr. Theo Schiller  
Geschäftsführender Direktor  
des Instituts für  
Politikwissenschaft*

**Tabelle 3: Wirtschaftszweige / Berufsfelder**

In welchem Wirtschaftszweig sind Sie tätig? (Bitte nur eine Angabe)

	%	Anzahl der Nennungen	
Wirtschaft (Industrie, Unternehmen) Selbständige/private Dienstleistungen	22,5 % 3,9 %	35 6	Berufsfeld Wirtschaft 26,5 %
Medien Verlage	16,1 % 3,2 %	25 5	
Öffentliche Verwaltung Öffentliche/soziale Dienstleistungen Parteien	11,0 % 9,7 % 6,5 %	17 15 10	Berufsfeld Politikberatung 35,0 %
Verbände, Stiftungen, Gewerkschaften	7,8 %	12	
Universität, Forschungseinrichtung	14,2 %	22	Berufsfeld Wissenschaft 14,2 %
Sonstiges	4,6 %	12	
<b>Gesamt</b>	<b>100,0 %</b>	<b>155</b>	

**Berufsfelder für Politologen**

Um den Berufsverbleib mit den Ergebnissen der Studie von 1995 vergleichen zu können, wurde auch die Frage nach dem Wirtschaftszweig der derzeitigen Tätigkeit in den Fragebogen aufgenommen (siehe Tabelle 3, rechts).

Danach arbeiten aktuell 22,6 % der Befragten (n=35) in der Privatwirtschaft im engeren Sinn (Industrie, Unternehmen), gefolgt von 16,1 % (n=25) im Bereich der Medien Tätigen.

An Hochschulen oder Forschungseinrichtungen haben 14,2 % (n=22) eine Stelle inne, in der übrigen Öffentlichen Verwaltung 11,0 % (n=17). Knappe 10 % sind im Bereich der öffentlichen bzw. sozialen Dienstleistungen (inkl. Erwachsenenbildung) beschäftigt, weitere 7,8 % bei Verbänden, Stiftungen (5,2 %) oder Gewerkschaften (2,6 %). 6,5 % arbeiten bei Parteien und 3,9 % im Bereich selbstständiger Dienstleistungen mit sozialwissenschaftlichem Bezug.

Verlage sind das Tätigkeitsfeld für 3,2 % der Befragten, die restlichen knapp 5 % verteilen sich auf die übrigen Wirtschaftszweige (Handel, Freizeit-Infrastruktur, sonstiges).

Aus den angegebenen Wirtschaftszweigen lassen sich die wichtigsten Berufsfelder für PolitikwissenschaftlerInnen ableiten:

- Wirtschaft 26,5 %
- Medien 19,3 %
- Politikberatung 35,0 %
- Wissenschaft 14,2 %

Im Bereich der selbstständigen Dienstleistungen ist die Hälfte der AbsolventInnen, in den Bereichen Verbände und öffentliche Dienstleistungen jeweils etwa ein Drittel teilszeitbeschäftigt, wogegen in Industrie, Medien, Parteien und Öffentlicher Verwaltung ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis der Regelfall ist.

Etwas anders sind die Ergebnisse für die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse: Lediglich befristet beschäftigt sind 87 % der Befragten im Bereich Universität und 40 % im Bereich öffentlicher Dienstleistungen, aber auch 35 % in der öffentlichen Verwaltung und 24 % in den Medien. Ein unbefristetes Arbeitsverhältnis als Regelfall findet sich in der Industrie, bei Parteien und in Verbänden.

**Bedeutung der Privatwirtschaft hat zugenommen**

Vergleicht man die Gesamtzahlen mit den Ergebnissen der Vorgängerstudie von 1995, lässt sich eine Reihe kleinerer bis mittlerer Veränderungen bei einem ansonsten ähnlichen Verbleibprofil feststellen:

- Gegenüber 1995 (damals 15,1 %) hat die Bedeutung der Privatwirtschaft als Arbeitgeber für die Marburger PolitologInnen deutlich zugenommen. Sie löst sogar die Medien auf dem Spitzenplatz ab. Auch diese konnten gegenüber 1995 einen leichten Anstieg verzeichnen. Sie bilden mit der Wirtschaft allerdings das Schlusslicht, was den Studienbezug der Tätigkeiten angeht.
- Während 1995 der Bereich der Parteien und Parlamente mit 3 % überraschend bedeutungslos war, hat sich der prozentuale Anteil der hier Beschäftigten aktuell mehr als verdoppelt. Weiterhin bedeutungslos dagegen ist für die Marburger AbsolventInnen (im Gegensatz zu Berliner AbsolventInnen) der Bereich der internationalen Organisationen mit gerade einmal einer Nennung geblieben.
- Deutlich weniger AbsolventInnen als 1995 sind im Bereich der Verbände (damals 13 %) und Gewerkschaften (damals 4 %) untergekommen. Zusammengefasst hat sich ihr Anteil in der aktuellen Befragung mehr als halbiert. Die Werte für die übrigen Wirtschaftszweige sind mehr oder weniger konstant geblieben.

**Berufsorientierende Einstellung hat zugenommen**

Mehrere Indikatoren lassen sich für die These finden, dass unter den Studierenden zwei (idealtypische) Gruppen mit unterschiedlichen Herangehensweisen an das Studium existieren:

- einerseits diejenigen, die ihr Studium vom persönlichen Bildungsaspekt her gestalten,
- andererseits solche, die ihr Studium im Hinblick auf ihre spätere Berufstätigkeit betreiben.

Letztere weisen trotz absolvierter Berufspraktika kürzere Studienzeiten auf und verdienen im Anschluss an das Studium mehr. In der Berufszufriedenheit im Anschluss an das Studium unterscheiden sich beide nicht, es existieren offensichtlich unterschiedliche Maßstäbe. Die positive berufliche Situation der großen Mehrheit der Marburger PolitologInnen, auch im Vergleich zur Vorgängerbefragung, lässt sich somit teilweise damit erklären, dass das Ausmaß dieser berufsorientierten Einstellung unter den Studierenden in den vergangenen acht Jahren zugenommen hat, korrespondierend mit der zwischenzeitlichen Einführung verpflichtender Berufspraktika in der Studienordnung. Es lässt sich vermuten, dass diese unterschiedlichen Präferenzen schon bei den StudienanfängerInnen (individuell in je unterschiedlicher Ausprägung) gegeben sind.

Eine falsche Kausalität steckt daher in der Formulierung, dass eine Vielzahl an Berufspraktika und ein zügiges Studium die Berufschancen verbesserten. Vielmehr sind diese Kennzeichen der Herangehensweise derjenigen AbsolventInnen an ihr Studium, die im Anschluss auch auf dem Arbeitsmarkt zielstrebig sind. Ein nicht unbeträchtlicher Teil lehnt dies aber explizit ab bzw. hat andere Prioritäten, was Karriere und Verdienst angeht – und auch diese Einstellung sollte respektiert werden.

Gerade der Verbleib im System Wissenschaft bedeutet oft jahrelange Unsicherheit und Verzicht auf finanziellen Erfolg, der aber durch die fachnahen Tätigkeitsinhalte und großen Freiräume aufgefangen wird und die hier Beschäftigten nicht unzufriedener sein lässt als die Vergleichsgruppen, zumal in der Regel die Option offen steht, den individuell definierten beruflichen Erfolg im Anschluss an die wissenschaftliche Weiterqualifikation nachzuholen.

*Volker Jahr / David Frechenhäuser  
Thorsten Büchner / Thomas Galgon*

*Eine ausführliche Version dieses Artikels ist erschienen in: Wolfgang Hecker, Joachim Klein, Hans Karl Rupp (Hrsg.): Wissenschaft und Politik. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg. Bd. 2: Perspektiven der Marburger Politikwissenschaft. Münster, Hamburg, London 2003, S. 401–443.*